

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Lötzer, Petra Pau, Ulla Jelpke,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/6889 –**

Neoliberale Globalisierung – kein Sachzwang

A. Problem

Politischer Kurswechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit; Notwendigkeit der Veränderung der neoliberalen Strategie der Globalisierung durch G8-Staaten und die EU-Kommission.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/6889 – abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Erich G. Fritz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I.

Der Antrag wurde in der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II.

Im Antrag der Fraktion der PDS wird auf den G8-Gipfel vom Juli 2001 in Genua Bezug genommen. Dieser Gipfel wird als undemokratisches Gremium bezeichnet und es wird festgehalten, dass dieser einen erneuten Höhepunkt staatlicher Repression gegen Kritikerinnen und Kritiker der Globalisierung darstellt. Im Antrag wird festgestellt, dass die europäischen Regierungen, auch im Rahmen der Europäischen Union, die neoliberale Strategie der Globalisierung weiter vorantreiben. Es werden eine Reihe konkreter Ziele aufgeführt, deren Erreichung die Bundesregierung unter anderem im Bereich der Steuerpolitik, der Vergabeordnung und des Welthandels einsetzen soll.

III.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 112. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 105. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 73. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktionen FDP und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 68. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der PDS bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6889 – in seiner 66. Sitzung am 7. November 2001 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/6889 – zu empfehlen.

Berlin, den 7. November 2001

Erich G. Fritz
Berichterstatter

